

Positionierung des BDKJ Passau zum Umgang mit populistischen und extremen Parteien

Beschluss der BDKJ-Diözesanversammlung I-2017

Antragsteller:

BDKJ-Diözesanvorstand Passau

Antragstext:

Die BDKJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

Die Vertretungsaufgaben des BDKJ Diözesanvorstandes haben neben der kirchlichen und gesellschaftlichen auch eine politische Dimension. Diese umfasst insbesondere die Umsetzung und Weitergabe von Beschlüssen und Positionierungen, die auf allen Ebenen des BDKJ gefasst werden. Darüber hinaus spielt der inhaltliche Diskurs mit den für die Diözesanebene relevanten Verantwortlichen der Parteien eine wichtige Rolle.

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat als oberster Vertreter von Jugendverbänden und -organisationen auf dem Hauptausschuss am 08. September 2016 den Antrag „Rechtspopulist_innen entgegenreten - zum Umgang der Jugendverbände und -ringe mit der AfD“ verabschiedet. Darin wird die Partei als jugendfeindlich, LSBTIQ-feindlich (Lesben-, Schwulen-, Bisexuelle, Trans*-, Inter*-, und Queer-feindlich), gleichstellungsfeindlich, völkisch und autoritär denkend, inklusionsfeindlich, europafeindlich und als demokratieuntergrabend beschrieben. Daraus wird die Konsequenz gezogen, in keiner Weise mit der AfD zusammenzuarbeiten. Dies umfasst, dass der DBJR der AfD mit ihren Positionen keine Bühne bietet, keine AfD-VertreterInnen zu seinen Veranstaltungen einlädt, VertreterInnen des DBJR und seiner Untergliederungen an keinen Veranstaltungen der AfD teilnehmen sowie, dass die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter, an denen die AfD beteiligt ist, kritisch beurteilt wird. Außerdem wird explizit die Haltung für Demokratie, Vielfalt sowie die unantastbare Würde aller Menschen formuliert und alle Mitgliedsorganisationen werden aufgefordert, sich aktiv und offen gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus zu positionieren.

Der BDKJ Diözesanvorstand teilt die grundsätzliche DBJR-Einschätzung der AfD vollumfänglich. Trotzdem beurteilt er einen kategorischen Verzicht auf Kontakt mit der AfD - weiter gefasst mit allen extremen und populistischen Parteien - als fraglich. Ein DBJR-Beschluss konformes Handeln würde im Falle eines Parlamentseinzuges extremer oder populistischer Parteien auf allen Ebenen eine Fortführung unserer Vertretungsaufgaben in bisheriger Form erheblich einschränken. Aufgrund unseres Demokratieverständnisses, das den Diskurs mit allen relevanten Parteien umfasst, wollen wir diesem nicht aus dem Weg gehen, sondern uns kritisch mit ihnen und ihren Inhalten auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung beinhaltet neben der Teilnahme an Veranstaltungen mit Beteiligung derartiger Parteien auch Gespräche mit ihren Verantwortlichen. Der BDKJ Diözesanvorstand ist sich der Komplexität dieser Aufgabe sowie der absolut unabdingbaren ausführlichen Vorbereitung für derartige Vertretungstermine sehr wohl bewusst. Als ChristInnen sind wir grundsätzlich offen für den Dialog mit Menschen, auch wenn wir deren Überzeugungen nicht teilen. Dies geschieht aus einer Haltung von Wertschätzung und Toleranz heraus.

Dennoch behält sich der Diözesanvorstand vor, den Kontakt mit Akteuren, die bereits durch populistische, extremistische oder menschenfeindliche Äußerungen in Erscheinung getreten sind, zu unterlassen, da ihre Art der Dialogführung keine Bemühungen um wertschätzenden Umgang erkennen lässt.

Um einer adäquaten Vertretung auf anderen geeigneten Ebenen Rechnung zu tragen, wird der BDKJ Diözesanvorstand damit beauftragt, diese Positionierung dort miteinzubringen.